

A 2 Du lernst fürs Leben - Schule

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 19.01.2022
Tagesordnungspunkt: A Du und Dein Leben in Schleswig-Holstein

Text

1 A. 2. Du lernst fürs Leben – Schule

2 Wir haben uns in Schleswig-Holstein auf den Weg gemacht, alle Schüler*innen auf
3 ihrem individuellen Bildungsweg bestmöglich zu begleiten und jedem Kind die
4 besten Chancen zu bieten. Oft brauchen Schulen vor allem Zeit und Raum, um sich
5 eigenständig weiterzuentwickeln, um Neues auszuprobieren und sich auf neue
6 Herausforderungen einzustellen. Für uns ist Bildungspolitik ein Miteinander, wir
7 sehen die Schulen als Partnerinnen, die wir in ihrer Entwicklung unterstützen.

8 Das Thema Bildungsgerechtigkeit steht für uns weiterhin im Fokus. Noch immer
9 bestimmt die soziale Herkunft in erheblichem Umfang über Bildungsabschluss und
10 die Chancen im weiteren Leben. Wir müssen und werden weitere Impulse für die
11 Chancengerechtigkeit der nächsten Generationen von Schleswig-Holsteiner*innen
12 geben. Insbesondere die fortschreitende Entwicklung von Schulen vom Lern- hin
13 zum Lebensort, an dem Bildungs- und Betreuungsangebote sowohl vormittags als
14 auch nachmittags stattfinden, ist für mehr Bildungsgerechtigkeit von zentraler
15 Bedeutung. Wir wollen im Zuge der Einführung des Rechtsanspruchs auf
16 Ganztagsbetreuung vielfältige und hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote
17 zusammen mit Sportvereinen, Musikschulen, offener Jugendarbeit, Jugendverbände
18 etc. genauso wie therapeutische Angebote auf den Weg bringen. Wir wollen
19 Bildungsangebote nicht nur für die Jugendlichen, sondern gemeinsam mit den
20 Jugendlichen schaffen. Auch das Thema Inklusion ist weiterhin ein Kernanliegen
21 GRÜNER Bildungspolitik. Gemeinsames Lernen von Schüler*innen mit
22 unterschiedlichen Talenten, Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfen muss
23 selbstverständlich sein.

24 Auch in der Jamaika-Koalition haben wir es geschafft, die Weichen hin zu mehr
25 Bildungsgerechtigkeit zu stellen. Zentral war dabei das von uns im
26 Koalitionsvertrag verankerte Konzept des „Bildungsbonus“, welches mit dem
27 PerspektivSchul-Programm für Schulen in herausfordernden Lagen eingeführt wurde.
28 Das „Produktive Lernen“ eröffnete vielen Schüler*innen in Abschlussklassen
29 praktische Einblicke in den Betriebsalltag und ermöglichte so neue Wege zum
30 Schulabschluss. Die Zahl der Lehrkräftestellen, insbesondere für
31 Sonderpädagog*innen, haben wir deutlich erhöht, die Unterrichtsversorgung auf
32 mehr als 100 Prozent gesteigert, die Digitalisierung vorangebracht und damit
33 begonnen, die Besoldung der Grundschullehrkräfte der der anderen Lehrämter
34 anzupassen. Seit wir GRÜNEN mitregieren, haben wir 1.700 mehr Lehrkräfte an den
35 Schulen als geplant – bei sinkenden Schüler*innenzahlen.

36 In der kommenden Wahlperiode werden wir einen Schwerpunkt auf die inhaltliche
37 Weiterentwicklung des Lernens an unseren Schulen legen. Schule soll stärker ein
38 Raum werden, in dem die Schüler*innen ihre Stärken und Interessen entdecken und
39 diese weiter ausbauen können, ein Raum mit offenen Lernformen und auch fächer-

40 und jahrgangsübergreifenden Unterrichtskonzepten. Wir werden uns dafür
41 einsetzen, die bestehenden Möglichkeiten der Notenfreiheit zu erweitern.

42 Den Grundschulen wollen wir wieder die Möglichkeiten geben, die Grundschrift als
43 eine Schulausgangsschrift zu nutzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
44 Schüler*innen wieder ohne Nachteile gendersensible Sprache verwenden können.

45 Wir werden uns aktiv für einen späteren Schulbeginn am Morgen einsetzen, um den
46 Schulrhythmus besser auf den Schlafrhythmus von Schüler*innen abzustimmen.

47 Für die nicht mehr wegzudenkenden digitalen Unterrichtsformate und auch das
48 individualisierte und eigenverantwortliche Lernen der Zukunft braucht es eine
49 gute Sachausstattung, genauso wie entsprechend ausgebildete Lehrkräfte.

50 A. 2. 1. PerspektivSchulen stärken

51 Zur Unterstützung von Schulen, die sich in einem besonders herausfordernden
52 sozialen Umfeld befinden, haben wir 2019 das PerspektivSchul-Programm initiiert.
53 Mit diesem Programm erhalten Schulen einen „Bildungsbonus“, der vielen Kindern
54 und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind gibt. Dafür haben
55 wir für 62 PerspektivSchulen die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt.
56 Der Bildungserfolg unserer Schüler*innen, Bildungsgerechtigkeit und die
57 Möglichkeit für Schulen, eigene Lösungen für ihre Herausforderungen zu finden,
58 sind uns wichtig. Wir wollen dieses Programm ausbauen und stärken.

59 Wir werden uns für die Entwicklung eines regelmäßig zu aktualisierenden
60 Sozialindex einsetzen, um die Mittel bedarfsgerecht auf die Schulen zu
61 verteilen. Auch aus dem Startchancen-Programm des Bundes erhoffen wir uns
62 weiteren Rückenwind.

63 A. 2. 2. Ganztagsangebote ausbauen

64 Die bundesweite Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für
65 Grundschüler*innen war ein notwendiger Schritt. Auch in Schleswig-Holstein
66 wollen wir dieses Programm gemeinsam mit den Kommunen schrittweise umsetzen.
67 Sowohl die Nachfrage nach Ganztagsschulangeboten als auch der Aspekt der
68 Chancengerechtigkeit zeigen, dass wir hier zügig vorankommen müssen.

69 Qualitativ gute Ganztagsangebote, die auch Vereine und andere außerschulische
70 Akteur*innen einbeziehen, sind die Chance für Schulen, nicht allein als Lernorte
71 empfunden zu werden, sondern als im Quartier integrierte Gemeinschaftsorte. In
72 der letzten Wahlperiode ist es uns gelungen, an fast allen Grundschulen ein
73 Ganztagsangebot einzurichten. Dabei gibt es deutliche Unterschiede, zeitlich,
74 inhaltlich und qualitativ, auch abhängig vom Schulträger.

75 Wir werden mit den am Ganztage Beteiligten Konzepte entwickeln, wie der Ganztage
76 nicht nur als Betreuungs-, sondern auch als Bildungsangebot zukunftsgerichtet
77 aufgestellt wird. Wir setzen uns für landesweit einheitliche Rahmenbedingungen
78 bei Personal, Sachausstattung und Mittagessen im Ganztage ein, um auch hier die
79 Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

80 Wir werden uns dafür einsetzen, die Koordinierung des Ganztageangebotes durch
81 qualifiziertes Personal mit pädagogischer Kompetenz weiter zu verbessern und
82 wollen ermöglichen, dass (Teil-)Aufgaben auch von Personen übernommen werden
83 können, die keine Lehrkräfte sind.

84 Die Schlüssel zur Qualität im Ganzttag sind gut ausgebildete multiprofessionelle
85 Teams und eine gute Verzahnung zwischen Schulvor- und -nachmittag, der zudem
86 einen vollständigen Personalwechsel in den Mittagsstunden vermeidet.
87 Ganzttagsschule braucht eine gute Rhythmisierung mit vielfältigen Angeboten. Das
88 kann der Musik- oder Entspannungskurs am Vormittag genauso sein wie die
89 Deutschstunde am Nachmittag. Wir setzen uns für die Einführung einer Modulreihe
90 „Multiprofessionalität“ für alle Beteiligten im Ganzttag ein. Durch eine solche
91 Fortbildung wird das professionsübergreifende gemeinsame Lernen und Arbeiten im
92 Ganzttag unterstützt.

93 A. 2. 3. Digitalisierung in der Schule

94 Wir leben in einer immer stärker digitalisierten Welt. Nicht zuletzt durch die
95 Anforderungen des Distanzunterrichts in der Corona-Pandemie hat die
96 Digitalisierung einen deutlich höheren Stellenwert auch in unseren Schulen
97 bekommen. Auch dauerhaft bieten digitale Formate Chancen zum
98 eigenverantwortlichen und individuellen Lernen, können die Binnendifferenzierung
99 unterstützen und neue Zugänge zu Informationen schaffen. Unser Ziel ist es, dass
100 alle Schüler*innen der digitalen Transformation gewachsen sind und diese aktiv
101 gestalten. Die notwendigen pädagogischen Fort- und Weiterbildungsangebote für
102 Lehrkräfte werden wir ausbauen, um die Schulen für die Digitalisierung fit zu
103 machen.

104 Dafür haben wir in der vergangenen Wahlperiode den Grundstein gelegt. Bis zum
105 Ende dieses Jahres werden fast alle Schulen einen Glasfaseranschluss bekommen
106 haben, ein Lernmanagementsystem wurde den Schulen bereitgestellt, genauso wie
107 Laptops oder Tablets für Lehrkräfte. Wir haben 250 Stellen unter anderem für die
108 Entwicklung von digitalen Lernmaterialien und die Fort- und Weiterbildung von
109 Lehrkräften zur Verfügung gestellt.

110 In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Weiterentwicklung der Schulen beim
111 Lernen mit digitalen Medien weiter unterstützen. Jedes Kind soll unabhängig vom
112 finanziellen Hintergrund der Eltern oder Erziehungsberechtigten die Möglichkeit
113 haben, in der Schule und auch zuhause mit einem digitalen Gerät zu lernen.
114 Hierfür werden wir zusammen mit den Schulträgern und unter Berücksichtigung des
115 geplanten Digitalpakts 2.0 vom Bund ein Gesamtkonzept erarbeiten. In diesem
116 werden wir die Ausleihe, Beschaffung, Wartung und Administration von digitalen
117 Endgeräten dauerhaft klären. Auch Datensicherheit, Green IT, Kosteneffizienz
118 werden wir dabei noch besser mit digitaler Bildung vereinen. Auf Bundesebene
119 setzen wir uns für das Konzept der Bildungsflatrate mit einem „Education Pass“
120 ein, damit Schüler*innen auch zuhause ein Internetzugang zur Nutzung von
121 digitalen Bildungsangeboten offensteht.

122 Eine Grundbildung in Informatik wird für alle Schüler*innen essentiell sein, um
123 die eigene Zukunft in einer immer stärker digitalisierten Welt zu gestalten.
124 Sowohl die fachübergreifende Medienbildung als auch ein eigenes Fach zur
125 informatischen Bildung erachten wir als notwendig. Dieses muss im Rahmen der
126 aktuellen Kontingenzstundentafel etabliert werden, um die schon derzeit hohe
127 Belastung von Kindern und Jugendlichen nicht weiter zu erhöhen. Der Bedarf an
128 Lehrkräften mit einer Informatik-Ausbildung wird hoch sein. Daher unterstützen
129 wir die Einführung von Informatik-Studiengängen an der Europa-Universität
130 Flensburg.

131 A. 2. 4. Inklusion in der Schule

132 Eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und in der jede*r die Möglichkeit
133 hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, das ist auch in der Bildungspolitik
134 unser Ziel. Schüler*innen lernen am besten, wenn es ihnen gut geht – körperlich,
135 geistig und in ihrem sozialen Gefüge. Das gilt für Hochbegabte genauso wie für
136 Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf und für alle anderen.

137 Dabei ist klar: Inklusion wird am besten gelingen, wenn die personellen,
138 sächlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.
139 Grundsätzlich verfolgen wir das Ziel, den bestehenden Ressourcenvorbehalt aus
140 dem Schulgesetz zu streichen, sehen jedoch die praktischen Hürden etwa durch den
141 Fachkräftemangel. Wir wollen den bestehenden Ressourcenvorbehalt streichen,
142 sobald dies durch mehr Personal und einem erfolgreichen Gegenwirken des
143 Fachkräftemangels realisierbar ist. Bis zum Jahr 2024 werden wir 490 zusätzliche
144 Stellen für Sonderpädagog*innen geschaffen haben. Damit diese Stellen besetzt
145 werden können, brauchen wir weiterhin den Quer- und Seiteneinstieg und weitere
146 Modelle, um zusätzliche Fachkräfte zu qualifizieren. Um das Beratungs- und
147 Unterrichtsangebot hinsichtlich spezifischer Unterstützungsbedarfe in unserem
148 Land zu gewährleisten, werden wir prüfen, inwieweit weitere
149 Qualifizierungsmaßnahmen für die Förderschwerpunkte „Hören“ und „Körperliche und
150 motorische Entwicklung“ angeboten werden können.

151 Wir stehen auch weiterhin zum dual-inkluisiven Konzept, welches Kindern die
152 Bildungsteilhabe an Regelschulen oder an Förderzentren ermöglicht. Wir werden
153 die inklusiv ausgerichteten Strukturen und Lernangebote an Regelschulen durch
154 einen planvollen und abgestimmten Ausbau personell, sächlich und organisatorisch
155 stärken.

156 Die Ausgestaltung der Schulpflicht wollen wir weiterentwickeln und ein
157 Bildungsrecht für alle Kinder und Jugendlichen, die in
158 Erziehungshilfeinrichtungen leben oder deren Aufenthaltsstatus unsicher ist,
159 garantieren.

160 Bildungsangebote und -einrichtungen müssen barrierearm zugänglich sein und zwar
161 nicht nur baulich. Das gilt auch für die Materialien, mit denen im Unterricht
162 gearbeitet wird. Hierzu wollen wir Verwaltungen und pädagogisches Personal
163 verstärkt für gesellschaftliche Vielfalt sensibilisieren, damit Aspekte der
164 Inklusion stärkere Berücksichtigung in Entscheidungs- und Planungsprozessen
165 finden. Insgesamt wollen wir für das pädagogische Personal in Schulen Fort- und
166 Weiterbildungsangebote mit Fokus auf Lernfortschrittsbeschreibung, Erkennung von
167 Gründen für Lernprobleme und möglicher Unterstützungsmaßnahmen ausbauen.

168 Außerdem wollen wir gemeinsam mit Kommunen und Schulträgern ein Konzept
169 entwickeln, um die Zusammenarbeit von Unterstützungskräften, wie zum Beispiel
170 Schulbegleitung und Schulassistenten, zu fördern und Pool-Modelle zu ermöglichen,
171 sodass die unterschiedlichen Kräfte nach Bedarf in den Klassen eingesetzt werden
172 können. Auf diese Weise können mehr Schüler*innen profitieren und wir
173 ermöglichen eine Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von
174 Kontinuität und Professionalisierung der Schulbegleitungen.

175 Damit Kinder und Jugendliche in immer heterogener werdenden Schulklassen und
176 Lerngruppen bestmöglich und individuell gefördert werden können, benötigen
177 Lehrkräfte mehr Unterstützung durch speziell ausgebildete Fachkräfte, wie zum
178 Beispiel Ergotherapeut*innen und Logopäd*innen. Dafür wollen wir die
179 Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und die Schulsozialarbeit stärken.

180 Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, um mehr Sonderpädagog*innen
181 kontinuierlich an Regelschulen einsetzen zu können.

182 Um regionale Unterschiede abzubauen und die Förderung und Teilhabe von Kindern
183 und Jugendlichen mit Förderungsbedarf abzusichern, setzen wir uns für landesweit
184 einheitliche diagnostische Standards und verbindliche Verfahrensregeln ein.

185 Wir wollen die Pro-Kopf-Zuweisung von zusätzlichen Stunden für Schüler*innen mit
186 Förderungsbedarf in eine systemische Zuweisung von Stunden an die Schulen
187 überführen, die die unterschiedlichen Bedarfe der Schulen berücksichtigt. So
188 können Schüler*innen auch ohne die formale Feststellung eines
189 Unterstützungsbedarfs mit zusätzlichen Stunden präventiv besser unterstützt
190 werden. Ein entsprechendes Konzept werden wir gemeinsam mit den Kommunen
191 erarbeiten.

192 Um die Kontinuität der Inklusion im Bildungsbereich zu verbessern, wollen wir
193 beim Übergang zwischen Bildungstufen verstärkt auch diesen Aspekt
194 berücksichtigen.

195 A. 2. 5. Lehrkraft werden

196 Wir haben in der Jamaika-Koalition die Studienplätze für Grundschullehrkräfte
197 und Sonderpädagog*innen ausgebaut, um dem Bedarf gerecht zu werden. Mit der
198 Entwicklung des Lehrkräftebedarfsprognosetools und der Einrichtung der Allianz
199 für Lehrkräftebildung haben wir die Grundlagen für die inhaltliche und
200 bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung geschaffen.

201 Gemeinsam mit der Allianz für Lehrkräftebildung werden wir die
202 Lehramtsausbildung in Schleswig-Holstein weiterentwickeln, um die Lehrkräfte von
203 morgen besser auf die tiefgreifenden Transformationsprozesse insbesondere im
204 Bereich Digitalisierung, Inklusion und des kompetenzorientierten
205 eigenverantwortlichen Lernens vorzubereiten. Dabei wollen wir Lehrinhalte zur
206 Bildung in der digitalen Welt im Curriculum des Lehramtsstudiums verbindlich
207 verankern, die neben der Medienbildung auch Grundlagen der Informatik
208 vermitteln. Angehende Lehrer*innen werden wir mit weiteren Angeboten zur
209 inklusiven Didaktik in der pädagogischen und fachdidaktischen Grundausbildung
210 noch besser auf den inklusiven Berufsalltag vorbereiten. Um die angehenden
211 Lehrkräfte hinreichend für inklusive Bedarfe zu sensibilisieren, sollen Menschen
212 mit Behinderungen als Bildungsfachkräfte qualifiziert werden. Das Institut für
213 inklusive Bildung ist dafür ein hervorragender Grundstein.

214 Um mit den steigenden Herausforderungen gut umzugehen, braucht es einen
215 stärkeren Fokus auf die psychische Gesundheit auch in der Schule. Wir werden
216 daher beginnend mit dem Lehramtsstudium zusätzliche Angebote schaffen, die
217 Lehrkräfte sowohl darauf vorbereiten, gesundheitspräventive Inhalte zu
218 vermitteln, als auch Hilfestellung zu eigener Resilienz im belastenden
219 Berufsalltag geben. In der Berufspraxis sollen Supervisionsangebote ausgebaut
220 werden, auch um individuelle mentale Belastungen zu reduzieren.

221 Aktuell können Planstellen nicht immer mit angemessen ausgebildeten Fachkräften
222 besetzt werden. Ein wichtiges Ziel ist es daher, Studienplätze bedarfsgerechter
223 zu planen. Die Entwicklung von Pilotprojekten zur Lehrkräfteausbildung in dualen
224 Masterstudiengängen befürworten wir. Wir wollen die fachliche Begleitung der
225 Vertretungslehrkräfte durch Mentor*innen verbessern, auch um die
226 Unterrichtsqualität zu sichern. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie die

227 Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen des Instituts für Qualitätsentwicklung
228 an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) für Lehramtsstudierende im
229 Vertretungseinsatz ermöglicht werden kann.

230 Für Menschen ohne Masterstudienabschluss ist die Anstellungszeit auch im Falle
231 des bewährten Einsatzes im Unterricht auf fünf Jahre begrenzt. Wir wollen diesen
232 Vertretungskräften den Weg des Quer- und Seiteneinstiegs als Fachlehrkraft an
233 allgemeinbildenden Schulen eröffnen. Mit Weiterbildungen im fachlichen und
234 pädagogischen Bereich sollen sie die Qualifikation erlangen, dauerhaft als
235 Lehrkraft im gehobenen Dienst tätig zu sein.

236 Wir setzen uns dafür ein, dass der Übergang zwischen Studium und
237 Vorbereitungsdienst noch besser koordiniert wird, insbesondere um Wartezeiten zu
238 vermeiden.

239 Um eine transparente und kontinuierliche Bewertung der Leistungen im
240 Vorbereitungsdienst zu ermöglichen, legen wir den Fokus auf eine
241 lernprozessbegleitende Diagnostik der Leistungen der Referendar*innen. Darüber
242 hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bewertungskriterien der Prüfungen zum
243 zweiten Staatsexamen offengelegt werden und eine von Kriterien geleitete
244 Rückmeldung zur Prüfung erfolgt.

245 A. 2. 6. An Schulen arbeiten

246 An unseren Schulen arbeiten inzwischen viele verschiedene Professionen zusammen.
247 Wir wollen die dauerhafte Arbeit multiprofessioneller Teams im Arbeitsfeld
248 Schule gemeinsam mit diesen Akteur*innen weiterentwickeln und in die Fläche
249 bringen. Dabei werden wir die Beratung zur Organisationsentwicklung für Schulen
250 dauerhaft verfügbar machen.

251 Wir wollen die Anzahl der Poolstunden erhöhen, um Schulen mehr Spielraum für die
252 angemessene Entlastung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben zu geben. Für
253 einzelne, klar definierte und befristete Aufgaben werden wir Lehrkräften
254 zukünftig einen Leistungszuschlag gewähren.

255 Die Maßnahmen zur Erhaltung der Lehrkräftegesundheit wollen wir weiter ausbauen.
256 Neben den gut strukturierten Trainings mit Ausrichtung auf die individuellen
257 Ressourcen wollen wir den „Arbeitsplatz Schule“ noch stärker in den Blick nehmen
258 und gesundheitsförderliche Veränderungen bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen
259 für Lehrer*innen, für die erholsame Pausengestaltung oder die Senkung der
260 Lärmbelastung anstreben.

261 Die Leitung einer Schule wird mit steigenden Erwartungen und weiteren
262 Aufgabenfeldern zunehmend anspruchsvoller und herausfordernder. Daher möchten
263 wir die Schulleitungen bestmöglich unterstützen und die „Leitungszeit“
264 anforderungsorientiert weiter erhöhen. Das Prinzip der multiprofessionellen
265 Teamstruktur sollte sich auch in der Schulleitung widerspiegeln. Wir wollen den
266 Schulen die Möglichkeit eröffnen, Verwaltungsfachkräfte zur Unterstützung der
267 Schulleitungen einzustellen. Die Integration von Förderschulleitungen sowie
268 Ganztagskoordination und Schulsozialarbeit gilt es zu berücksichtigen. Zudem
269 werden wir eine umfassende und systematische Qualifizierung von Schulleitungen
270 aller Schularten einführen, um ausreichend Nachwuchs für die Aufgabe der
271 Schulleitung gewinnen zu können.

272 Die Besoldung der Schulleitungstätigkeit soll an den Aufgabenstellungen
273 ausgerichtet werden und allen in Frage kommenden Laufbahnen gleichermaßen
274 offenstehen. Auch soll die Festlegung der Besoldung der Leitungen von
275 Förderzentren von der Zahl der Schüler*innen mit festgestelltem
276 Unterstützungsbedarf in ihrer Zuständigkeit gelöst und aufgabenbezogen bestimmt
277 werden.

278 A. 2. 7. Antidiskriminierung und Demokratiebildung

279 Diskriminierung zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Den
280 Grundstein wollen wir schon in der Schule legen. Radikalisierung und
281 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gefährden die Demokratie und stellen eine
282 erhebliche Herausforderung im schulischen Alltag und der politischen Bildung
283 dar. Diskriminierung findet auch im Schulalltag statt. Sie führt dazu, dass
284 Schüler*innen ungern zur Schule gehen und kann ihnen einen erfolgreichen
285 Bildungsweg erschweren. Deshalb haben wir uns in der vergangenen Wahlperiode,
286 unter anderem durch den Aktionsplan gegen Rassismus und diversen Maßnahmen gegen
287 Antisemitismus, gerade auch mit den Bildungsinstitutionen auseinandergesetzt.

288 Wir wollen, dass Schüler*innen auf Lehrkräfte und Schulpersonal treffen, die
289 schon in ihrer Ausbildung Wissen über Diskriminierungsstrukturen erlangt haben.
290 Dafür braucht es in der Hochschulausbildung entsprechende Angebote und für
291 Lehrpersonal Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen.

292 Wie erachten Information, Aufklärung sowie handlungsorientierte Projekte als
293 essentielle Bestandteile von schulischer und außerschulischer
294 Antidiskriminierungsarbeit. Dafür möchten wir Unterrichtskonzepte stärken, deren
295 Ziel nicht nur die Vermittlung von historischen Fakten ist, sondern das Wissen
296 über die Vorzüge und Funktionsweisen unseres demokratischen Rechtsstaates in den
297 Mittelpunkt stellt.

298 Insbesondere zur Prävention von Radikalisierung ist es wichtig, ein Verständnis
299 für die Komplexität von Politik zu schaffen und Vertrauen in die demokratischen
300 Institutionen zu gewinnen. Das Internet spielt in diesem Zusammenhang eine
301 bedeutende Rolle, sodass auch Phänomene wie Hate Speech, Fake News und
302 Verschwörungserzählungen einen Teil des Unterrichtes einnehmen sollten.

303 Für das Leben in einer Demokratie ist ein gefestigtes Verständnis demokratischer
304 Strukturen essentiell. Die Schule ist für die Vermittlung einer solchen
305 demokratische Sozialisation und Bildung sowie für die Entwicklung eines
306 demokratischen Bürger*innenbewusstseins elementar wichtig.

307 Ein demokratisches Bewusstsein sollte nicht nur Teil des Unterrichts, sondern
308 auch der Kultur in der Schule sein. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten
309 aller Personengruppen an Schulen ausbauen und eine aktive und konstruktive
310 Feedback-Kultur fördern. Außerdem wollen wir partizipative Modelle, wie etwa
311 Klassenräte, stärken und so auch die Eigenverantwortung von Schüler*innen
312 fördern.

313 Bei der Umsetzung und Entwicklung partizipativer Elemente sollen neben den
314 Schüler*innenvertretungen und Lehrkräften auch die Elternbeiräte eingebunden
315 werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine wissenschaftliche Evaluation und
316 Implementierung eines Unterrichtsmoduls „Mitbestimmung an der Schule“ ein.

317 Mit einem Pilotprojekt wollen wir die politische Bildung und das Empowerment in
318 Förderzentren und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen deutlich stärken
319 und ausbauen.

320 A. 2. 8. Queer

321 Schule und die Lebenserfahrungen im Jugendalter prägen ein Leben lang. Noch
322 immer entscheidet sich ein erheblicher Teil der queeren Jugendlichen dagegen,
323 sich während ihrer Schulzeit zu outen. Grund dafür ist häufig die Angst vor
324 Diskriminierung. Wir wollen, dass Schulen und Angebote der Jugendarbeit sichere
325 Orte werden, an denen junge Menschen in der Erkundung ihrer Identität nicht mit
326 Diskriminierungserfahrungen und Ausschlusserlebnissen konfrontiert werden.
327 Stattdessen setzen wir uns für eine zugewandte Begleitung im Sinne einer
328 fächerübergreifenden vorurteils- und diversitätsbewussten Pädagogik der Vielfalt
329 als grundlegende pädagogische Perspektive ein.

330 Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtliche Identität, Unterschiedlichkeit
331 von Körpern und sexuelle bzw. romantische Orientierung in der Schule angemessen
332 und vorurteilsfrei thematisiert werden, explizit auch außerhalb des
333 Sexualkundeunterrichts.

334 Wir sprechen uns für die Reduktion von geschlechterdifferenzierten Angeboten im
335 Sportunterricht zugunsten von Mixed-Sport-Angeboten aus. Wir unterstützen
336 ausdrücklich die Einführung vielfaltsinklusive Lehr- und Lernmittel auch über
337 die bloße Abbildung von queeren Menschen hinaus. Damit einher geht die
338 Qualifizierung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen,
339 Sozialpädagog*innen und anderen Beschäftigten an Schulen. Die Beschäftigung mit
340 queerer Vielfalt muss hierzu in den entsprechenden Curricula verankert werden.

341 Darüber hinaus setzen wir uns für eine weitere Stärkung der landesweiten queeren
342 Antidiskriminierungsarbeit ein. Hierzu werden wir die größtenteils
343 ehrenamtlichen Projekte in eine institutionelle Förderung überführen.

344 A. 2. 9. Traumapädagogik ausbauen

345 Wir GRÜNE möchten Kitas und Schulen zu traumasensiblen und
346 diskriminierungsfreien Räumen weiterentwickeln. Eine Fluchtgeschichte, die
347 Konfrontation mit Tod und Verlust von Angehörigen oder eine verschärfte
348 häusliche Situation durch die Coronakrise können traumatische Erfahrungen für
349 Kinder und Jugendliche sein. Unser Ziel ist es, eine dafür sensibilisierte
350 pädagogische Umgebung zu gestalten, sodass alle Kinder und Jugendlichen Talente
351 entwickeln sowie emotionale, soziale Kompetenzen und persönliche Ressourcen
352 kennen und nutzen lernen.

353 Dafür werden wir ein präventives traumapädagogisches Gruppenangebot für
354 Schüler*innen, Eltern und (Sozial-)Pädagog*innen an Schulen ermöglichen, in dem
355 die Kinder Akzeptanz und Empathie erleben. Dieses wird für Kinder mit und ohne
356 deutsche Sprachkenntnisse gestaltet. Neben den Unterstützungssystemen der Schule
357 sollen hier auch die Eingliederungshilfe der Kreise und die Familienzentren
358 konzeptionell eingebunden werden. Mittelfristig soll daraus ein Regelangebot mit
359 personeller Kontinuität und Rückkopplung zum Schulprogramm erwachsen.
360 Erfahrungen aus Projekten oder der Traumapädagogik in Kindertagesstätten und
361 Familienzentren („TiK SH“) sollen hier einfließen und bereits vorhandene
362 Strukturen ausgebaut werden.

363 In diesem Sinne müssen auch heil- und traumapädagogische Grundlagen zum
364 gesicherten Inhalt für die pädagogischen Ausbildungen in Schleswig-Holstein
365 werden. Entsprechende Fortbildungen zum Kompetenzaufbau sollen für Fachkräfte in
366 Kita und Schule angeboten werden.

367 A. 2. 10. Dänische Schulen und Schulen in freier Trägerschaft

368 Auch die dänischen Schulen und die Schulen in freier Trägerschaft sind ein
369 wichtiger Bestandteil unser Schullandschaft. Durch die Neuordnung der
370 Ersatzschulfinanzierung 2014 haben wir den Schulen in freier Trägerschaft
371 Planungssicherheit gegeben. Durch die Koppelung der Schüler*innenkostensätze an
372 die Bildungsausgaben für die staatlichen Schulen des Landes partizipieren sie an
373 den gestiegenen Mitteln für Bildung. Dennoch bedarf es in der nächsten
374 Wahlperiode einer Überarbeitung der Pauschalen unter anderem für Investitions-,
375 Schulverwaltungs- und Schülerbeförderungskosten.

376 A. 2. 11. Viele Wege führen zum Schulabschluss

377 Wir wollen den Übergang von der Schule in den Beruf weiter verbessern und die
378 Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule eine Ausbildung beginnen, erhöhen.
379 Dabei sind Freiwilligendienste und Auslandsaufenthalte eine gute Bereicherung
380 und Praktika können Orientierung geben. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen
381 wollen wir zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen.

382 Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu sichern, setzen wir auf die
383 Arbeit der Jugendberufsagenturen, die mit berufsvorbereitenden Beratungen und
384 Job-Coachings individuell auf die Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen. Daher
385 möchten wir neben der Stärkung der bereits bestehenden zehn Standorte
386 flächendeckend Jugendberufsagenturen im Land etablieren, um eine wohnortnahe
387 Beratung sicherstellen zu können.

388 Es ist unser Ziel, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erlangen.
389 Schulabbrüche ohne anerkannten Abschluss bedeuten oftmals große individuelle
390 Nachteile. Viele Einflussfaktoren spielen dabei eine Rolle. Um die Faktoren
391 frühzeitig zu erkennen, brauchen Schulen konkrete Präventions- und
392 Interventionskonzepte, um einem möglichen Schulabbruch frühzeitig entgegenwirken
393 zu können. Wir werden entsprechende Maßnahmen zur Lern- und
394 Verhaltensunterstützung fördern und entsprechende Fortbildungsangebote für
395 Lehrkräfte ausbauen.

396 Das „Produktive Lernen“, bei dem Schüler*innen in Klasse 8 und 9 drei Tage pro
397 Woche in einem Praktikumsbetrieb und an zwei Tagen in der Schule lernen, kann
398 für Schüler*innen ein Weg sein, um wieder Spaß am Lernen zu gewinnen und einen
399 Schulabschluss zu erreichen. Nachdem wir GRÜNE bereits eine finanzielle
400 Förderung verankern konnten, wollen wir dieses erfolgreiche Programm
401 bedarfsgerecht weiter ausbauen.

402 Die Flex-Klassen, in denen Schüler*innen für die Klassen 8 und 9 drei Schuljahre
403 Zeit haben, in denen sie viele Praktika machen können, sind ein weiterer Weg, um
404 Schüler*innen auf ihrem Weg zum Schulabschluss zu unterstützen. Auch dieses
405 Programm wollen wir fortführen.

Unterstützer*innen

Heijo Fescharek (KV Rendsburg-Eckernförde); Frank Bracker (KV Herzogtum Lauenburg); Thomas Unnewehr (KV Rendsburg-Eckernförde); Zoe Engel (KV Lübeck); Nika Döring (KV Flensburg)